

Bericht zur sozialen Lage
in Pforzheim 2012

Kurzfassung des Teil 2 des
Strategischen Sozial- und Integrationsplans

Stadt Pforzheim
Jugend- und Sozialamt
Strategische Sozialplanung

Auflage: 100 Stück

Der Strategische Sozial- und Integrationsplan
ist in allen Teilen urheberrechtlich geschützt.



Stadt Pforzheim
Jugend- und Sozialamt

Strategische Sozialplanung



Bericht zur sozialen Lage in Pforzheim 2012

Kurzfassung des Teil 2 des
Strategischen Sozial- und Integrationsplans



Impressum

Herausgeber

Stadt Pforzheim, Marktplatz 1, 75172 Pforzheim

Redaktion

Monika Müller (Sozialdezernentin der Stadt Pforzheim)
Prof. Dr. Dieter Filsinger (Wissenschaftlicher Begleiter des Projekts)
Almut Cobet (Projektleiterin, Jugend- und Sozialamt)

Nachfragen sind zu richten an:

Jugend- und Sozialamt der Stadt Pforzheim
Abteilung 2 - Strategische Sozialplanung

Almut Cobet
Marktplatz 4 (Zi. 312)
75175 Pforzheim

Tel.: 07231- 39 2744
e-Mail: almut.cobet-rohde@stadt-pforzheim.de

Einführung

Im Rahmen des strategischen Sozial- und Integrationsplans legt die Stadt Pforzheim erstmals einen umfassenden Bericht über die soziale Lage der Menschen in Pforzheim vor.

Der Bericht gibt indikatorengestützt Auskunft über sich im Zeitverlauf verändernde Situationen und Bedarfsstrukturen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Darüber hinaus informiert er über bestehende Leistungsangebote sowie infrastrukturelle Rahmenbedingungen. Schließlich bietet er die Analyse und Vernetzung von relevanten Daten, um Herausforderungen aufzuzeigen und Zusammenhänge zu verdeutlichen. Damit bildet er die Grundlage für die Erarbeitung sozialpolitischer Leitlinien.

Um auf die Auswirkungen des demografischen Wandels oder auch auf andere Veränderungen wie z. B. den aktuell starken Zuzug von Menschen aus Südosteuropa reagieren zu können, müssen Entwicklungen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und ihre Bedarfe für Pforzheim kontinuierlich betrachtet werden. Eine regelmäßige Fortschreibung und Betrachtung von Zeitreihen ermöglicht, den Stand und Fortschritte der Lage der Bevölkerung in den Stadtteilen zu messen, sie sichtbar zu machen und Entwicklungstrends zu erkennen. Daher soll über die wichtigsten Indikatoren im zweijährlichen Rhythmus zur Vorbereitung der Haushaltsberatungen berichtet werden

Die hier vorliegende Kurzfassung des Berichts zur sozialen Lagen in Pforzheim 2012 fasst wesentliche Ergebnisse der Analyse zusammen. Die Gliederung der Kurzfassung ist dabei nicht mit der Gliederung des Berichts identisch. Auf Fußnoten wurde zugunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet. Die Analysen sind in der Langfassung des Berichts ausführlich auf über 240 Seiten dargestellt und dort mit Quellenangaben versehen.

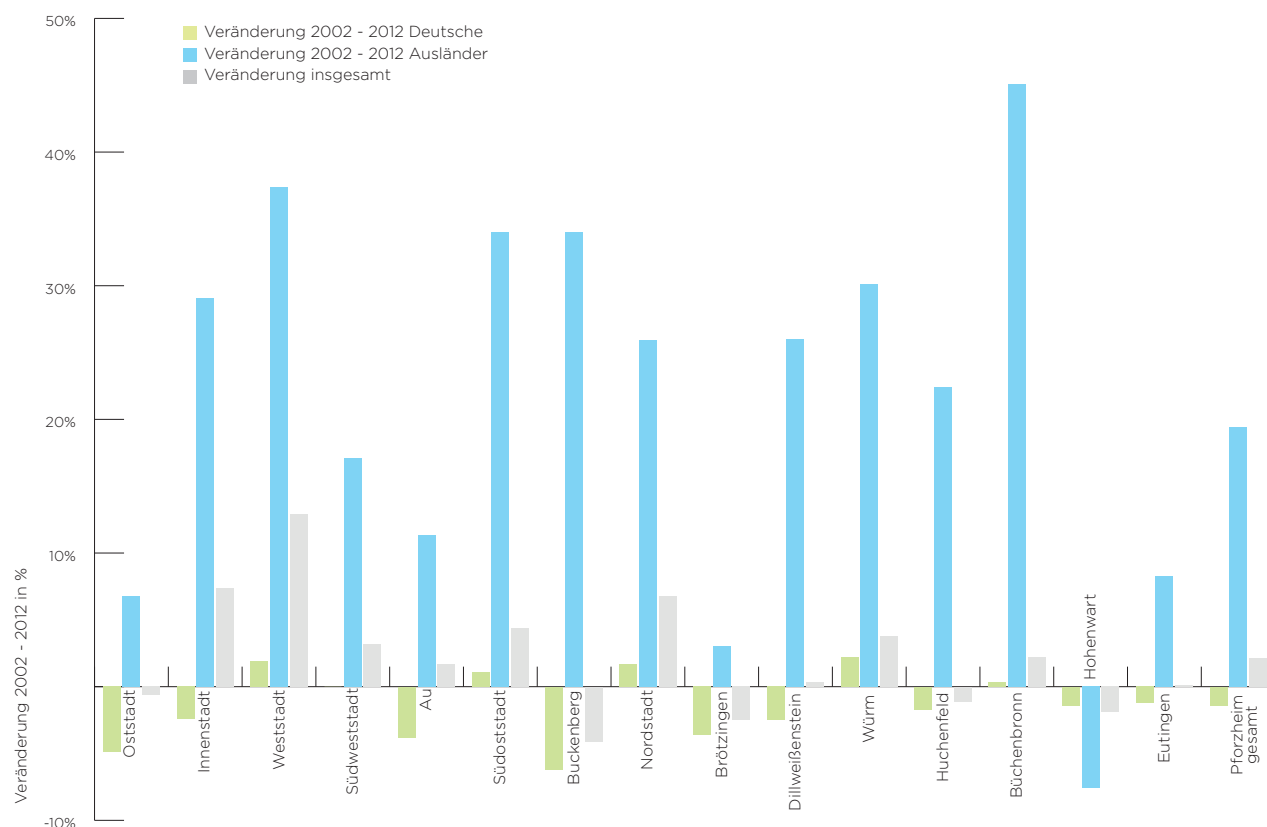
Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderung: Potenzial und Herausforderung

Pforzheim hat im letzten Jahrzehnt einen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen, der sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen dürfte. Die Steigerung der Einwohnerzahl ist ausschließlich das Ergebnis von Zuwanderung aus dem Ausland. Hinsichtlich des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund belegt die Stadt bundesweit den zweiten Platz: Fast jeder zweite Bewohner hat einen Migrationshintergrund und jeder fünfte besitzt keine deutsche Staatsbürgerschaft. Die jüngste Zuwanderung erfolgt vorwiegend aus Polen, Rumänien und der Türkei. Zu bemerken ist ferner eine deutliche Zunahme von Asylbewerbern.

Zu- und Eingewanderte bilden keine homogene Gruppe. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Herkunft, ihres Bildungs- und Berufsstatus, weisen unterschiedliche Biographien und Integrationsverläufe auf. Ein beachtlicher Anteil der Einwanderer und ihrer Kinder hat die deutsche Staatsbürgerschaft erworben. Diese unterschiedlichen Lebenslagen und Lebenswelten müssen deshalb differenziert wahrgenommen werden.

Die Zu- und Einwanderung sollte als Potenzial zur Bewältigung des demografischen Wandels, insbesondere im Hinblick auf den Fachkräftebedarf und als Herausforderung zugleich analysiert werden. Die Herausforderung besteht in der notwendigen Bildung und Qualifizierung, der Bereitstellung von Wohnraum und von sozialer Infrastruktur. Nicht zuletzt bedarf es der wechselseitigen Öffnung von alteingesessener und zugewanderter Bevölkerung.

Abb. 1: Relative Bevölkerungsveränderung Dekade in den Stadtteilen 2002-2012



Arbeitslosigkeit: Chancen für die Entwicklung der Stadt und für die Lebenschancen von Bevölkerungsgruppen

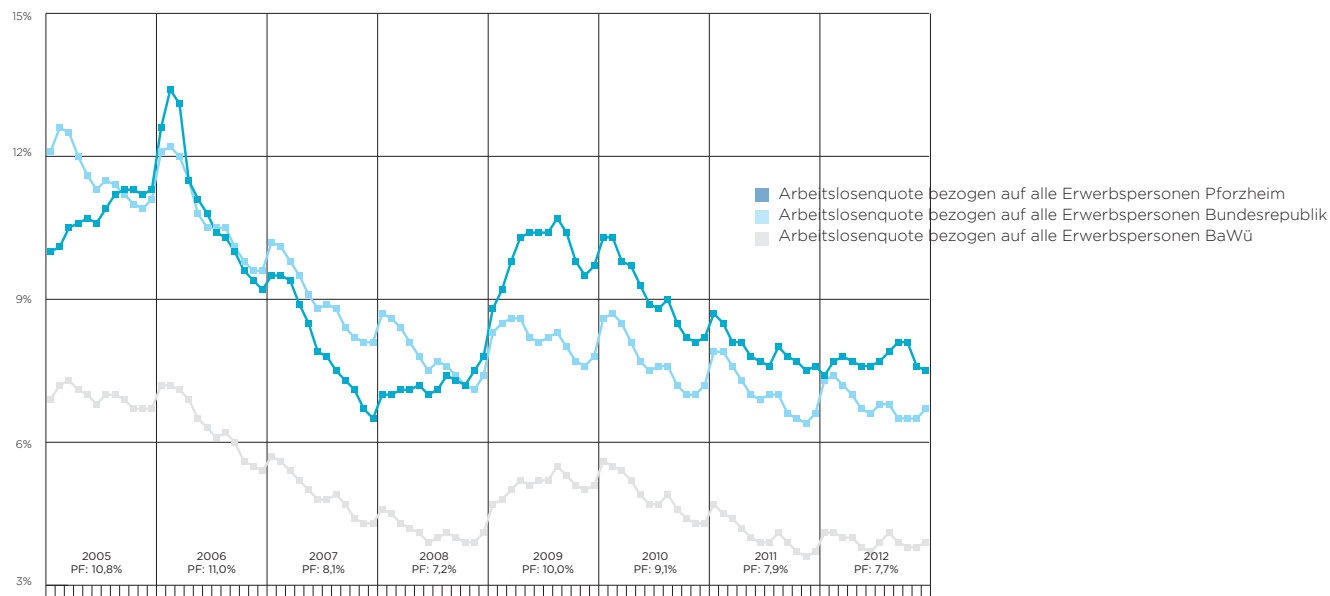
Pforzheim ist vom sozioökonomischen Strukturwandel besonders betroffen. Die durch die Abwanderung von Industrie weggefallenen Arbeitsplätze konnten bisher nur unzureichend kompensiert werden. Die Arbeitslosenquote ist seit Jahren ausgesprochen hoch, die höchste Quote in Baden-Württemberg mit 7,5% zum Ende des Jahres 2012. Allerdings sind in den letzten Jahren ein leichter Rückgang der Arbeitslosenquote und eine leichte Steigerung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse zu beobachten. Gleichwohl ist die strukturelle Arbeitslosigkeit das größte Problem der Stadt.

Frauen sind von Arbeitslosigkeit stärker betroffen als Männer. Ebenso sind Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich oft arbeitslos. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist insbesondere in der Gruppe der über 50-jährigen hoch. Die Arbeitslosigkeit bei den unter 25-jährigen (U25) liegt bei 5,4% und ist damit fast doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt (2,9%).

Die hohe Arbeitslosigkeit bzw. das Arbeitslosigkeitsrisiko ist insbesondere im Zusammenhang mit dem Qualifikationsniveau zu analysieren. Der Anteil der Personen mit einer qualifizierten Ausbildung ist niedriger als in Vergleichsstädten. Rund 7.000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter (über 15) haben keinen Schulabschluss, davon sind rund 2.500 unter 18 Jahren, 2.400 zwischen 30 und 49 Jahren und rund 1.500 zwischen 50 und 64 Jahren. Das Lohnniveau liegt deutlich unter dem Durchschnitt der Städte Baden-Württembergs. Ein Kernproblem ist darin zu sehen, dass es in Pforzheim zu wenige Arbeitsplätze gibt bzw. dass das Angebot nicht mit der Nachfrage nach qualifizierten Mitarbeitern übereinstimmt (Mismatching).

Das Angebot an Ausbildungsplätzen hat sich in den vergangenen Jahren zwar verbessert, ist aber dennoch noch unzureichend, wobei sich auch ein Passungsproblem zwischen Bewerbern und den Erwartungen der Betriebe auftut. Im Zusammenhang mit Zu- bzw. Einwanderung ist mit einer steigenden Nachfrage nach Ausbildung und Erwerbsarbeit von jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu rechnen, wobei auch hier wiederum die Bildungsabschlüsse dieser Bevölkerungsgruppe in Rechnung zu stellen sind. Der Übergang von jungen Menschen von der Schule in Erwerbsarbeit stellt somit eine große Herausforderung dar.

Abb. 2: Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Pforzheim im Landes- und nationalen Vergleich



Hohes Armutsrisiko

Rund 70% der Arbeitslosen erhalten Transferleistungen nach SGB II. Insgesamt rund 10.400 Personen standen zum Jahresende 2012 im Leistungsbezug, darunter rund 7.000 erwerbsfähige Personen (rund 5.200 Bedarfsgemeinschaften). Von den erwerbsfähigen Leistungsbeziehern gelten rund zwei Drittel als arbeitsmarktfremd bzw. weisen erhebliche Vermittlungshemmnisse auf (Qualifikationsdefizite, gesundheitliche Beeinträchtigungen). Eine besondere Aufmerksamkeit verlangt die Situation von Alleinerziehenden. 70% der Alleinerziehenden im SGB II Bezug haben keinen Berufsabschluss, was die Arbeitsmarktintegration erheblich erschwert.

Durch die Abhängigkeit von Transferleistungen aufgrund von Arbeitslosigkeit sowie durch die geringfügige Beschäftigung und das (damit) unzureichende Erwerbseinkommen ist das Armutsrisiko in Pforzheim ausgesprochen hoch. Die Mindestsicherungsquote beschreibt den Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung, die Mindestsicherungsleistungen (wie z. B. die Grundversicherung für Arbeitsuchende, Sozialhilfe) erhalten. In Pforzheim lag diese Quote bei 10,5%. Das ist mehr als das Doppelte des baden-württembergischen Durchschnitts von 5,2%.

Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen im sozialen Wandel: Unterstützungs- und Förderbedarf

Die gestiegenen Anforderungen in der Arbeitswelt und der Wandel der Lebens- und Familienformen verlangen eine besondere Aufmerksamkeit auf die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen. Von herausragender Bedeutung sind die materiellen Lebensbedingungen und die Arbeitsbedingungen in der Erwerbsarbeit. Aber auch die Familienverhältnisse sind von hoher Bedeutung.

Das Armutsrisiko von Kindern ist in Pforzheim besonders hoch. Über 19% der Kinder sind auf Leistungen des SGB II angewiesen, wobei die lange Bezugsdauer von durchschnittlich zwischen 3,5 und 4 Jahren zu bemerken ist. Materielle Armut beeinträchtigt die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen. Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden ist hoch. Insofern stellt die Tatsache, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Alleinerziehendenhaushalten kontinuierlich angestiegen ist und Ende 2012 rund 30% (6.273 Kinder und Jugendliche) erreicht hat, eine besondere Herausforderung dar. Zu berücksichtigen ist dabei, dass in diesen Daten auch Mütter einbezogen sind, die bei Geburt des Kindes nicht verheiratet waren. Im Kontext des demografischen Wandels nicht unerwartet haben mehr als zwei Drittel der Kinder einen Migrationshintergrund, was auf einen erheblichen Bedarf an Sprachförderung verweist. Auffällig ist die hohe Zahl von Müttern unter 20 Jahren.

Familien benötigen eine gute Infrastruktur für die außerfamiliale Erziehung und Betreuung ihrer Kinder und ein angemessenes Angebot an Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten.

Unzureichende Infrastruktur in der Kinderbetreuung

Die Zahl der Kinder, die keine oder erst spät eine Kindertageseinrichtung besuchen, ist im Städte- und Landkreisvergleich verhältnismäßig hoch. Erreicht werden 95% der Kinder. In den einzelnen Stadtteilen ist das Angebot nicht ausreichend; aber auch die Inanspruchnahme durch Familien mit Migrationshintergrund ist nicht so ausgeprägt wie bei Familien ohne Zuwanderungsgeschichte. Zu beachten ist, dass den 3.466 genehmigten Plätzen für die Altersgruppe der über 3-jährigen rund 3.700 Kinder gegenüberstehen, die einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz haben.

Die Betreuungsquote von Kindern in der Tagespflege ist in Pforzheim vergleichsweise sehr niedrig, die niedrigste Quote im ganzen Bundesland. Das Angebot an Plätzen ist deutlich höher als die Inanspruchnahme

Erheblicher Förderbedarf

Insgesamt zeigt sich ein erheblicher Förderbedarf, wie etwa die Schuleingangsuntersuchungen des Gesundheitsamtes vor der Einschulung zeigen. In 2011 wiesen 57% und 2012 63% der untersuchten Kinder einen intensiven Förderbedarf auf, wobei der größte Förderbedarf in der Sprachförderung liegt. In 2012 wiesen rund 60% der Kinder einen Bedarf an Sprachförderung auf. In diesem Zusammenhang ist der Befund zu berücksichtigen, dass in rund einem Drittel der Migrationsfamilien nicht Deutsch gesprochen wird. Der Anteil von rund 10% (2011/2012) der schulpflichtigen Kinder kann nicht rechtzeitig eingeschult werden.

Tab. 1: Gesamtbewertung Sprache bei allen untersuchten Kindern

	Einschulungsjahrgänge			
	2011	2012	2013	2014
Zahl der untersuchten Kinder	1.053	1.084	1.091	1.083
Intensiver Förderbedarf	597 57,0%	681 63,0%	568 52,0%	586 54,0%

Die Inanspruchnahme der kostenlosen Kinderfrüherkennungsuntersuchungen (U1 - U9) Vorsorgeuntersuchungen des Gesundheitsamtes ist bis zur U7 recht hoch, geht danach jedoch zurück. Die Vorlage des dazugehörigen Dokuments („gelbes Heft“) ist nicht befriedigend. In etwa 10% der Fälle weist die Dokumentation Lücken auf bzw. das Heft wird nicht mehr vorgelegt. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund, die an den Vorsorgeuntersuchungen teilnehmen, liegt deutlich unter dem bei Kindern ohne Migrationshintergrund. Die Daten zur gesundheitlichen Situation von Kindern, insbesondere von solchen in prekären sozialen Lagen und solchen mit Migrationshintergrund – beispielweise zu Grobmotorik –, aber auch zur Zahngesundheit verweisen auf einen deutlichen Handlungsbedarf.

Uausgeschöpfte Bildungspotenziale

Für eine selbständige Lebensführung ist eine qualifizierte Beschäftigung unabdingbar. Um Zugang zu qualifizierter Erwerbsarbeit zu eröffnen und dem Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in Pforzheim entsprechen zu können, ist die Bildung und Qualifizierung insbesondere von Kindern und Jugendlichen gleich welcher Herkunft zentral. Das Bildungsniveau – gemessen an Bildungsabschlüssen – der jungen Menschen in Pforzheim ist im baden-württembergischen Städtevergleich aber unterdurchschnittlich, wobei solche mit Migrationshintergrund weniger als solche ohne Migrationshintergrund an weiterführender Bildung teilhaben und überproportional keinen Schulabschluss haben.

Eine besondere Herausforderung stellen die jüngsten Zuwanderungen dar, da diese Jugendlichen nur selten über eine abgeschlossene Schulbildung bzw. eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Dieser Befund gilt insbesondere für die demografisch jüngste Zuwanderergruppe der irakischen Flüchtlinge. Der Erwerb deutscher Sprachkompetenz ist eine prioritäre Aufgabe, die nicht zuletzt durch eine bessere Vernetzung von Sprachkursträgern bewältigt werden kann. Für Einwanderer mit beruflicher Qualifikation müssen die Möglichkeiten des Gesetzes zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen voll ausgeschöpft werden. Das Angebot, der Zugang zu und die Inanspruchnahme von Integrationskursen können noch gesteigert werden.

Investitionen in Bildung sind auch im Erwachsenenalter erforderlich.

Soziale Lage in den Stadtteilen: Konzentration benachteiligter Lebenslagen

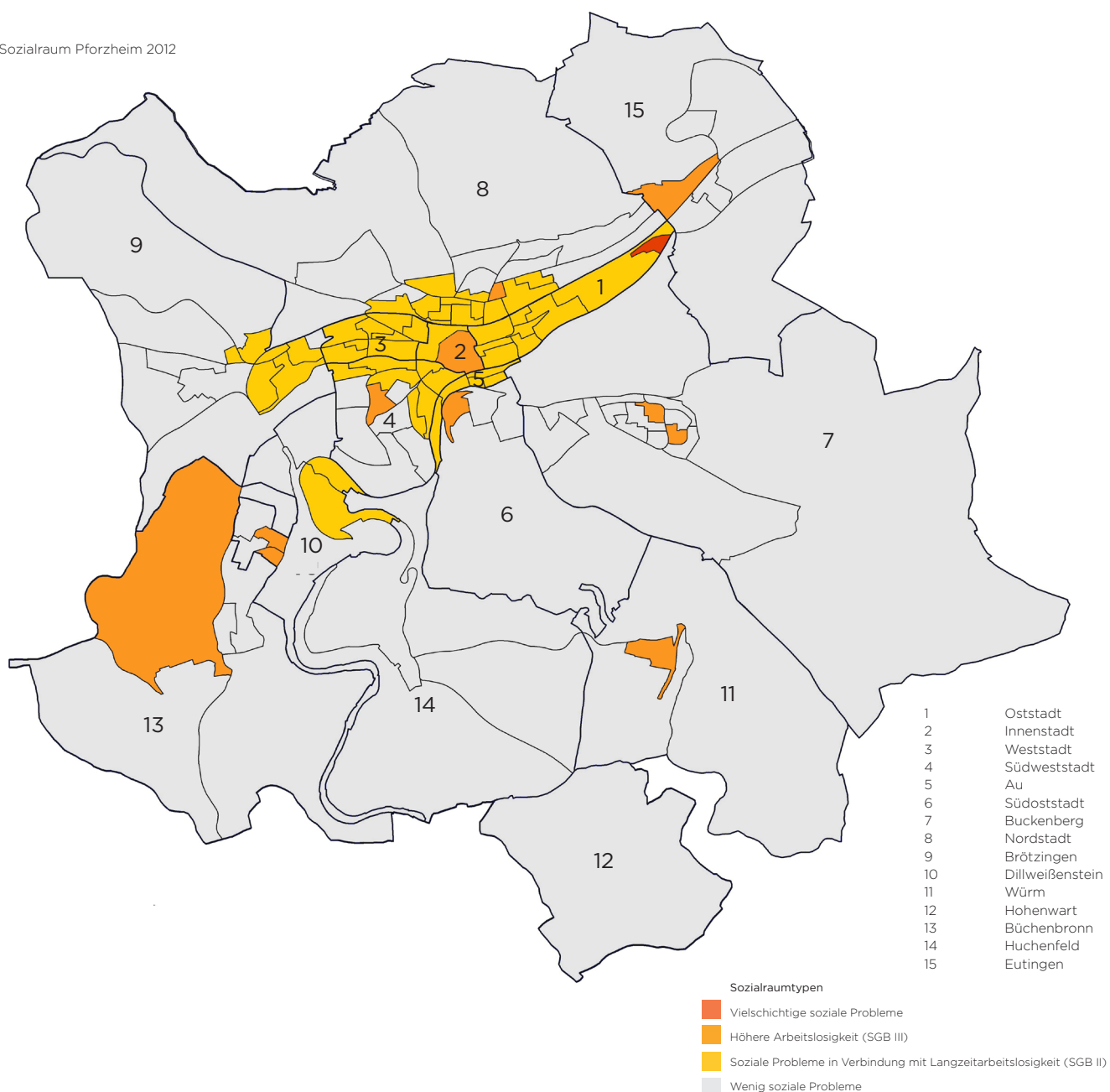
In Pforzheim ist – wie in vielen anderen Städten in schwieriger sozioökonomischer Lage – eine ungleiche Verteilung von sozialen Lagen nach Stadtteilen zu beobachten. Strukturell benachteiligte Lebenslagen sind vorwiegend in den Tallagen aufzufinden. So wohnen von Arbeitslosigkeit betroffene Bürger und Bezieher von Transferleistungen überwiegend – in folgender Rangfolge – in der Weststadt, der Oststadt, der Au, der Innenstadt, der Südweststadt und der Nordstadt. In diesen vier Stadtteilen leben auch die meisten Kinder bis zu 15 Jahren.

Das Merkmal „Ausländer“ bzw. „mit Migrationshintergrund“ lässt nicht zwingend auf eine benachteiligte Lebenslage schließen. Insofern ist die Verteilung der Migranten auf die Stadtteile eigenständig zu analysieren und insbesondere im Zusammenhang mit der sozialen Lage zu betrachten. Gleichwohl zeigen die Daten, dass die in Rede stehenden Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind und erhöhten Armutsrisiken unterliegen. In der Oststadt, in der Innenstadt und Weststadt, aber auch in der Au wird ein Ausländeranteil von über 35% erreicht, gefolgt von der Nordstadt

Die Kernstadt wies Ende 2012 einen Ausländeranteil von 22% auf. Die als Neuzuwanderer zu kennzeichnende Migrantengruppe der Iraker konzentriert sich in den innerstädtischen Stadtteilen, während sich Menschen mit italienischer und türkischer Herkunft auch in den neuen Stadtteilen niedergelassen haben. Z.B. beträgt etwa der Anteil der Personen mit türkischer Herkunft in Eutingen 5,0%.

Die hier referierten Befunde verweisen auf Segregation, die in Städten erwartbar ist, aber vor dem Hintergrund des Forschungsstandes einer differenzierten Analyse und Bewertung bedarf. Für die Wohnortentscheidungen spielen verschiedene Gesichtspunkte eine Rolle (sozioökonomischer Status, Familienstatus, bereits vorhandene Personen gleicher Herkunft; Wohnraumbangebot). Eine weitere genaue Beobachtung von Niederlassungs- bzw. innerstädtischen Wanderungsprozessen erscheint deshalb erforderlich.

Abb. 3: Sozialraum Pforzheim 2012



Preisgünstiges Wohnangebot ist unzureichend

Vor allem für Bevölkerungsgruppen mit bescheidenem Einkommen ist ein preisgünstiges Wohnraumangebot erforderlich. Zu berücksichtigen sind überdies die Haushaltsgrößen. So sind die Haushaltgrößen bei Familien mit Migrationshintergrund tendenziell größer als bei Familien ohne Migrationshintergrund. Eine durchschnittliche irakische Familie zählt vier Kinder. Familien mit Migrationshintergrund steht generell weniger Wohnraum zur Verfügung als solchen ohne Migrationshintergrund. Zudem ist es erwiesenermaßen für Menschen mit ausländischen Namen oder ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse ungleich schwieriger, Mietwohnungen überhaupt besichtigen zu können bzw. Mietverträge zu schließen.

Seit 2007 betreibt die Stadt Pforzheim, im Gleichklang mit Bund und Land, keine Förderung des sozialen Wohnungsbaus mehr. In den letzten zehn Jahren sind die durchschnittlichen Mietkosten um rund 18% gestiegen. Insbesondere für die Stadt ergeben sich im Zusammenhang des SGB II erhöhte Kosten. Vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung ist nicht mit einem Rückgang der Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum zu rechnen. Vor dem Hintergrund der schwierigen materiellen Lage eines beachtlichen Teils der Bevölkerung und des Wandels der Haushaltsstrukturen ist ein städtischer Handlungsbedarf unverkennbar.

Gemeinschaftsunterkünftige für Asylbewerber sollten nur als Übergangslösung betrachtet werden. Deshalb gibt es für die Gruppe auch einen Wohnraumbedarf. In diesem Zusammenhang sind jüngste Vorschläge zur Erleichterung der Arbeitsaufnahme bedeutsam.

Beachtliche Partizipationspotenziale - Interkulturelle Öffnung entwicklungsbedürftig

In Pforzheim ist ein beachtliches gemeinwohlorientiertes freiwilliges Engagement in sportlichen, musisch-kulturellen und soziale Einrichtungen und Verbänden aufzufinden. Die bescheidene Datenlage, die nicht zuletzt der Struktur des Feldes geschuldet ist, lässt kaum Rückschlüsse auf eine milieuspezifische Beteiligung zu. Forschungsstudien zeigen, dass sich vor allem Personen mit gesichertem Einkommen und guter Bildung in solcher Weise engagieren. Erkenntnisse aus einigen wenigen Engagementbereichen weisen darauf hin, dass die Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund noch ausbaufähig ist, wobei die Offenheit von Einrichtungen und die Motivation der Eingewanderten gleichermaßen im Auge zu behalten sind. Das Engagement von Migrant*innenorganisationen und deren Kooperation mit alt-eingesessenen Vereinen/Verbänden und Organisationen ist herauszustellen.

Eine integrationsfreundliche Stadt bedarf zwingend der interkulturellen Öffnung aller Institutionen, voran der Stadtverwaltung. Entsprechende Initiativen in der Stadtverwaltung sind festzustellen, allerdings ist die interkulturelle Öffnung noch entwicklungsbedürftig, aber auch entwicklungsfähig. Die Datenlage zum Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund ist noch verbesserungsbedürftig.

Perspektiven

Die Stadt Pforzheim steht vor erheblichen bildungs-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen, die sie alleine nicht bewältigen kann. Die Standortentscheidungen von Unternehmen sind nur eingeschränkt beeinflussbar; die Vorgaben und die Ressourcenabhängigkeit für eine kommunale Arbeitsmarktpolitik sind beträchtlich. Die schulische Bildung ist in den zentralen Bereichen Angelegenheit des Landes. Insofern kommt der Kooperation mit zentralen Akteuren eine herausragende Bedeutung zu. Der grundsätzliche Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse (im Land) muss überdies eingefordert werden.

Die Stadt hat eine Zuständigkeit für Wohnraum- und Wohnumfeldbedingungen und für die soziale Infrastruktur. Die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum stellt eine prioritäre Aufgabe dar. In einigen Feldern ist das vorhandene Angebot noch unzureichend (z. B. Kindertagesstättenplätze). In anderen Feldern gibt es ein qualifiziertes, freilich noch ausbaufähiges Angebot an Bildungs- und sozialer Infrastruktur (z. B. Familienzentren, Schulsozialarbeit). Vor dem Hintergrund einer angespannten Haushaltsituation ist die Ressourcenfrage entscheidend. Verstärkte Ressourcenzuweisungen aus Bund und Land sind unverzichtbar. Für die Stadtpolitik sind erweiterte Handlungsspielräume durch die Erleichterung des Zugangs zu Angeboten, eine bessere Vernetzung und Koordination der Akteure, aber auch durch eine sorgfältige wirkungsorientierte und auf Nachhaltigkeit achtende Evaluation vorhandener Einrichtungen und Angebote erzielbar.

Die Verbesserung von Lebenschancen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und die Förderung des sozialen Zusammenhalts durch die Erweiterung von individuellen Partizipationschancen, durch eine Willkommens- und Anerkennungskultur, die interkulturelle Öffnung und nicht zuletzt durch die Ermunterung zivilgesellschaftlichen Engagements erscheint vor dem Hintergrund des vorhandenen bzw. erschließbaren Potenzials erforderlich.